



Medienmitteilung

Fokussierter Einsatz für einen preiswerten Service public

Datum

28.02.2014

2013 standen Preise und Tarife im Gesundheitswesen sowie der Infrastrukturbereich (Versorgungs- und Entsorgungswesen) besonders im Fokus des Preisüberwachers. Das laufende Jahr wird ganz im Zeichen des Einsatzes zu Gunsten eines preiswerten Service public stehen.

Intensiv beschäftigt hat den Preisüberwacher die Analyse der neuen **Fallpauschalen** (Basisfallpreisen oder *Baserates*) der Spitäler. Der Preisüberwacher richtete bei 65 Spitälern Empfehlungen an die zuständigen Kantone. Man darf gespannt sein, wie das Bundesverwaltungsgericht über die zahlreich eingegangenen Beschwerden gegen die Kantonsentscheide befinden wird. Gesamthaft stehen Beträge in der Grössenordnung von einigen Hundert Millionen Franken auf dem Spiel.

Viele Beschwerden erreichen den Preisüberwacher noch immer zu den Taxen der **Alters- und Pflegeheimen**. In einigen Kantonen wird den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern unter falschen Titeln mehr als der gesetzlich zulässige Anteil an den Pflegekosten auferlegt. Die Preisüberwachung erwartet, dass die Vorgaben der im letzten Jahr im Sinne des Preisüberwachers ergangenen Gerichtsentscheide überall umgesetzt und die Missstände schnell beseitigt werden.

Eine 2013 veröffentlichte Studie des Preisüberwacher zeigt, dass das Sparpotential bei den **Medikamentenkosten** noch längst nicht ausgeschöpft ist. Würde statt der Preise des Originalpräparats jeweils konsequent das günstigste Generikum entschädigt, so liessen sich im patentfreien Bereich mindestens zusätzlich 380 Millionen Franken jährlich einsparen. Der Preisüberwacher fordert einen Systemwechsel hin zum sogenannten *Festbetragssystem*. Alle Präparate desselben Wirkstoffs sollten nur noch bis zu einem fixen Betrag, nämlich dem Preis eines günstigen Generikums vergütet werden.

Auf dem Gebiet des **Flugverkehrs** hat der Preisüberwacher mit Swiss einvernehmliche Regelungen erzielt, welche auf den Strecken von Zürich nach Brüssel bzw. Luxemburg einmal täglich markant günstigere Preise bringen. Bei der **Nutzung der Flughafeninfrastruktur** genehmigte das Bundesamt für Zivilluftfahrt in nur teilweiser Befolgung einer Empfehlung des Preisüberwachers eine Gebührenvorlage, die dem Flughafen Zürich höhere Flughafennutzungsgebühren bringt. Eine **Revision** der flughafenfreundlichen **Verordnung** über die Flughafengebühren ist **dringend**. Gegen die neuen Gebühren hat Swiss Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht erhoben. Dieses Verfahren ist noch hängig.

Im **Gasbereich** trat die Verbändevereinbarung in Kraft, die industriellen Grosskunden den Marktzugang zu einheitlich geregelten Bedingungen ermöglicht. Zu den Durchleitungspreisen der Swissgas AG und der Regionalgesellschaften ist eine Untersuchung des Preisüberwachers hängig. Im Rahmen der Diskussionen um die **Energiestrategie 2050** befürwortet die Preisüberwachung die rasche Schaffung einer Energieabgabe gekoppelt mit einer vollständigen Rückerstattung. Eine *haushaltsneutrale* Lenkungsabgabe ist aus ökonomischer Optik das beste Mittel, um möglichst kostengünstig die Energie- und Klimaziele zu erreichen. Zu kritisieren ist die im Rahmen der Energiewende vom Bundesrat vorgenommene Erhöhung der Renditeobergrenze für Stromnetze. Der Preiseffekt dieser Mass-

nahme ist beträchtlich, werden dadurch die Netznutzungsentgelte zu Lasten der Verbraucher doch um 100 bis 200 Millionen Franken jährlich erhöht.

Weiter hat sich der Preisüberwacher zu Beginn dieses Jahres mit der Schweizerischen Post schliesslich doch noch einvernehmlich auf ein umfassendes Preis- und Massnahmenpaket im Bereich der **Brief- und Paketpost** geeinigt. Darin vorgesehen sind insbesondere Preissenkungen, der Verzicht auf Preiserhöhungen, die Senkung der Mindestmenge für preisgünstigere Massensendungen sowie die Abgabe von Gratismarken an alle Haushalte. Von der erzielten Einigung profitieren sowohl Privat- als auch Geschäftskunden. Die Analyse des Preisüberwachers der Gewinn- und Kostensituation im Logistikbereich der Schweizerischen Post hatte gezeigt, dass hier ein klares Preissenkungspotential bestand.

2014 wird im Zeichen des Einsatzes zu Gunsten eines **preiswerten Service public** stehen. Im Vordergrund stehen das Thema *Energie* (Fernwärme, Gas und die Energiewende), die *Revision der Fernmeldedienstverordnung*, die *Abfallentsorgung* (namentlich Littering) und *Baubewilligungsgebühren*. Aus dem Bereich des Gesundheitswesens stehen insbesondere die *Fallpauschalen SwissDRG* (Beschwerdeverfahren beim Bundesverwaltungsgericht und Empfehlungen an die Kantone), die Taxen in den *Alters- und Pflegeheimen* sowie die *Medikamentenkosten* (Festbetragssystem und Auslandspreisvergleich) zuoberst auf der Prioritätenliste. Zu einem Thema werden könnten auch die Tarife im *öffentlichen Verkehr*, läuft Ende 2014 doch eine einvernehmliche Regelung mit der Branche aus.

Einen Überblick gibt das beiliegende Faktenblatt.

Meldungs- und Bearbeitungsstatistik 2013

Die Preisüberwachung bearbeitete 1867 Bürgermeldungen. Diese betrafen am häufigsten Tarife der *Postdienstleister* (rund 15 Prozent). Zweithäufigster Kritikpunkt waren Preise aus dem Bereich des *Gesundheitswesens* (rund 12 Prozent). Überdurchschnittlich viele Meldungen waren ferner zu Preisen aus dem *Bereich Telekommunikation* sowie zu den Tarifen des *Verkehrs* zu verzeichnen.

Der Preisüberwacher erzielte **fünf neue einvernehmliche Lösungen**. Allein bis Ende Januar 2014 sind **vier weitere** hinzugekommen. Von Behördenseite wurden dem Preisüberwacher 457 Tarifvorlagen zur Stellungnahme unterbreitet. In rund **150 Fällen** gab der Preisüberwacher konkrete **Empfehlungen** ab, am meisten zu Preisen und Tarifen im Gesundheitswesen. Intensiv nahm der Preisüberwacher sein Empfehlungsrecht auch im kommunalen *Versorgungs- und Entsorgungsbereich* wahr, namentlich bei den *Abfalltarifen* sowie den *Wasser- und Abwassergebühren*.

Kontakt/Rückfragen:

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 031 322 21 02
Beat Niederhauser, Geschäftsführer, Tel. 031 322 21 03